

spd/II/104

Hannover, 19. Dezember 1947

Französische Außenpolitik

Von unseren Pariser Vertreter Alfred Frisch

Die offizielle französische Außenpolitik, von allen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, gebilligt, hat sich endgültig für die Westorientierung und die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Rahmen des Marshall-Planes entschieden. Die Einstellung zur deutschen Frage ist weniger eindeutig.

Die französischen Kommunisten, deren Stimme in außenpolitischen Fragen kaum noch ins Gewicht fällt, werden immer offener zu Vertretern der sowjetrussischen Ziele. Ihre Aufgabe besteht in der Bekämpfung des amerikanischen Einflusses in Europa und in der Verhinderung des Marshall-Planes. Ihre Haltung ist negativ und beschränkt sich auf demagogische Angriffe gegen die "amerikanische Partei", d.h. gegen jene überwiegende Mehrheit der Franzosen, die sich nicht dem sowjetrussischen Kommunismus unterwerfen will.

Die Sozialisten bedauern die beinahe unvermeidliche Blockbildung im Westen und im Osten. Sie bedauern nicht weniger den Neo-Nationalismus, der gerade von den Kommunisten geächtet wird. Sie fordern daher besonders die Arbeiterschaft auf, zu ihren alten, internationalistischen Traditionen zurückzukehren. Sie wünschen ferner die Herstellung der europäischen Einheit, in der sie das einzig mögliche Gegengewicht gegen die beiden Blöcke im Westen und im Osten sehen.

Die Notwendigkeit der europäischen Einheit wird auch von den Volkrepublikanern und selbst von der Mehrheit der Rechten unterstrichen. Die letzteren sehen allerdings in dem Zusammenschluß Europas vor allem ein Kampfmittel gegen den Kommunismus, während die fortschrittlichen Elemente der französischen Öffentlichkeit die europäische Gemeinschaft als Grundlage für den Aufbau des Kontinents in politischer Unabhängigkeit vom kommunistischen Totalitarismus und vom amerikanischen Monopolkapitalismus anstreben.

General de Gaulle, ebenfalls ein Anhänger der europäischen Idee und der Zusammenarbeit mit dem Westen, ist von der internationalen Einstellung der Sozialisten weiter entfernt als die klassischen Rechtsparteien. Das eigentliche Ziel des Generals ist die Bildung eines geeinten Westeuropas unter Führung Frankreichs, das damit seine Stellung als Großmacht erster Ordnung wiedergewinnen würde.

Was Deutschland betrifft, so weiß man in Paris, daß Europa ohne Deutschland nicht denkbar ist. Von den Sozialisten bis zur klassischen Rechten hat man das, teilweise noch nicht offen zu Ausdruck gekommene, Bewusstsein, daß der Einschluß Deutschlands in eine gemeinsame, europäische Völkergemeinschaft die beste Garantie der französischen Sicherheit ist. Was die Reparationen betrifft, sind in den letzten Monaten realistischere Ansichten durchgedrungen; da zum mindesten die Herstellung eines gewissen wirtschaftlichen Gleichgewichtes jenseits des Rheines für die europäische Gesundheit unentbehrlich ist, kann man kaum vor langen Jahren eine deutsche Reparationsleistung aus der laufenden

Industrieproduktion erwarten, und nur dann, wenn man bereit ist, Deutschland mindestens sein Vorkriegsindustriepotential zuzugestehen.

Die offizielle Außenpolitik Frankreichs berücksichtigt nur teilweise diesen Wandel in der öffentlichen Meinung. Es ist übrigens verständlich, daß sie aus taktischen Gründen vorläufig ihre bisherige Haltung aufrecht erhält. Das schließt nicht die Bereitschaft aus, sich im entscheidenden Augenblick mit der Erfüllung gewisser Mindestforderungen zufrieden zu geben; wirtschaftliche Angliederung des Saargebietes - sie ist praktisch bereits erfolgt - Zusicherung regelmäßiger Kohlenlieferungen aus der Ruhr (etwa 1 Million Tonnen im Monat), Mitspracherecht, in irgend einer Form, bei der Verwaltung der Ruhrindustrie und föderalistischer Aufbau des kommenden Deutschlands (was eine mehr oder minder mächtige Zentralregierung nicht undenkbar macht).

Wenn man bedenkt, daß vor weniger als zwei Jahren Frankreich die territoriale Abtrennung von Rhein und Ruhr, die Bildung eines deutschen Staatenbundes und bedeutende langjährige Reparationsleistungen gefordert hat, ohne von dem empfindlichen Abbau des deutschen Industriepotentials zu sprechen, wird man die zu Gunsten Deutschlands erfolgte Entwicklung der französischen Außenpolitik würdigen können.

Pläne für eine Angestellten-Einheitskrankenkasse

G.L. Eine Reform der Sozialversicherungen in Deutschland hat bekanntlich das Kontrollrat vorgesehen. Sein Grundsatz dafür lautet: gleiche Leistungen bei gleichen Beiträgen. Mitbestimmend für diese vorgesehene Reform war wohl auch der Gedanke, daß die Schaffung einer einzigen Anstalt eine bessere Übersicht über die eingehenden Beiträge möglich macht. In der Ostzone wurden dann auch die verschiedenen Versicherungszweige zwangsweise zu einer einzigen Einheitsversicherung zusammengeschlossen. Diese Einheitsversicherung östlicher Prägung hat in den Westzonen einmütige Ablehnung erfahren.

Die von Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) bisher ventilierten Vorschläge für eine Reform der Sozialversicherungen sehen zwar eine Einheitsversicherung vor, jedoch Sonderanstalten für die Arbeiter und Angestellten des Bergbaues, der Post und der Bahn. Präzisiert sind die Vorschläge der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG). Die DAG verlangt auf dem Gebiete der Krankenversicherung neben der Allgemeinen Ortskrankenkasse, der staatlichen Zwangsversicherung, eine Sonderanstalt für die Angestellten, eine sinngemäße Parallele zu dem Aufbau der Gewerkschaften, welcher die Sonderstellung der Angestellten durch die DAG innerhalb des DGB berücksichtigt.

Auf dem Gebiete der Angestellten-Krankenkassen gibt es die Gewerkschafts-Krankenkassen mit klarer sozialpolitischer Tendenz und die Geschäfts-Krankenkassen, die, wie dies der Name schon sagt, aus reinen Gewinngründen die Krankenkassen als Geschäft betreiben. Diese Geschäfts-Krankenkassen haben im Jahre 1933, als die Gewerkschaften liquidiert wurden, die Auflösung der Gewerkschafts-Krankenkassen betrieben. 1938 wurden sie zu Körperschaften öffentlichen Rechts erklärt. Seit dieser Zeit genießen sie die staatlichen Vorteile, ihre Angestellten sind Beamte und die 1938 nach der Führerprinzip ausgerichtete Leitung hat

dazu geführt, daß diese Geschäftskrankenkassen heute noch weder Vorstand noch Aufsichtsrat besitzen. In den drei Westzonen bestehen folgende neun Angestellten-Krankenkassen:

Harmer Ersatzkasse 660 000 Mitglieder,
 Dt. Angestellten-Krankenkasse 435 000,
 Hallesche Krankenkasse 89 000,
 Hanseatische Krankenk.u. Merkur 51 000,
 Berufskrankenk. der Behörden-u. Büroangest. 40 000,
 Technikerkasse 20.000,
 Werkmeisterkasse 15 000,
 Lichterfelder Krankenkasse 10 000,
 Bremer kaufm. Krankenkasse 22 000.

Bei der von der DAG vorgeschlagenen Reform des Krankenkassenwesens für die Angestellten würden diese neun Angestellten-Krankenkassen zu einer großen Angestellten-Krankenkasse mit rund 1,3 Millionen Mitgliedern verschmolzen.

Die sog. Mittelstandskrankenkassen wie "Neue Welt", "Nova" u.a. werden von diesen Plänen nicht betroffen, da sie reine Privatversicherungen für den gewerblichen Mittelstand und für die Nichtversicherungspflichtigen sind.

Die bestehenden Angestellten-Ersatzkassen haben die besondere Zuneigung ihrer Mitglieder erworben, da ihre Leistungen besser sind als die der allgemeinen Ortskrankenkassen. Dem Angestellten ist es sonst gleich, in welcher Ersatzkasse er versichert ist, denn er hat bei keiner besondere Vorteile. Sie arbeiten alle mit dem gleichen Beitragssoll von 6 Prozent, obwohl sie mit 5 Prozent auskommen, eine Zahl, die nicht errechnet ist, sondern auf langjährigen Erfahrungen beruht. Aus dieser Verschmelzung der verschiedenen Ersatzkassen zu einer Einheitskasse ergäben sich zudem eine Reihe von Vorteilen. Die Angestellten-Einheitskasse könnte nach Aufhebung der Funktionen als Körperschaft des öffentlichen Rechts, wozu sie erst unter dem Nationalsozialismus gemacht wurde, ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit unter Anlehnung an die Gewerkschaften werden. Damit hätte sie die Möglichkeit, ihre Leistungen unter Berücksichtigung der besonders gelagerten Berufskrankheiten der Angestellten (nervöse Störungen, Krankheiten des Herzens, der Lunge, Kreislaufstörungen u.a.) durch Einrichtung entsprechender Sanatorien u.a. auszubauen, sie hätte die Möglichkeit, die individuelle Behandlung und Betreuung der Versicherten zu sichern und vorbeugende Maßnahmen durchzuführen.

Außerdem könnten, trotz höherer Leistungen, die Beiträge in dieser Einheitsversicherung um 1 Prozent auf 5 Prozent gesenkt werden, d.h. rund ein Fünftel niedriger sein als bisher. Ein weiterer Vorteil dieser Einheitskasse läge auch darin, daß selbst in den kleinsten Orten Zahnstellen und Verwaltungstellen unterhalten werden könnten bzw. das Bezirksnetz in den Städten weiter ausgebaut werden könnte. Dadurch würde diese Kasse volksnah, sie käme den Versicherten und seiner Familie räumlich näher, würde viel zeitraubende Wege ersparen, könnte den Versicherten besser beraten und wäre das Gegenteil eines unpersönlichen, rein auf Verdienst abgestellten Versicherungsgeschäftes.

Wenn es heute gilt, aus der Not, d.h. aus den bekannt gewordenen Grundsätzen des Kontrollrates zur Reform des Versicherungswesens, eine Tugend zu machen, so verdienen die Vorschläge der DAG, die auf den langjährigen Erfahrungen alter Gewerkschaftspraktiker beruhen, zweifellos eine besondere Beachtung. Man kann der DAG mit diesen Plänen, wie dies jetzt von den Geschäftskrankenkassen unter dem Motto: "Angestellte, Eure Selbsthilfeeinrichtungen sind in Gefahr!" geschieht, wirklich nicht nachsagen, dass sie eine Einheitsversicherung östlicher Prägung einführen will. Die Verwirklichung dieser angedeuteten sozialpolitischen Tendenzen kommt letzten Endes den versicherten Angestellten zugute, zudem ist der bestehende Krankenkassen-Partikularismus auch aus gerechtfertigten Gründen reformbedürftig. (b/B50a/812/1/hs)

Münchener Themen

Politische Klostergespräche, Teil II

(Eig.-Bericht), München, 10. Dezember 1947

Die vor kurzem begonnenen Gespräche prominenter Mitglieder der Bayerischen CSU bzw. der CDU anderer süddeutscher Länder im ab. Kloster Carmeliterkloster Schönberg bei Eltzingen, in denen der deutsche Staatsaufbau das Hauptthema darstellte, wurden am Dienstag, 9. Dezember, in München fortgesetzt.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard und Dr. Anton Pfeiffer haben sich durch ihr Nichterscheinen von den Münchener Gesprächen distanziert. Von bayerischer Seite nahmen unter anderem Dr. Josef Schwalben, Staatssekretär im Innenministerium, und Dr. Schwendt, ein persönlicher Referent des Ministerpräsidenten, daran teil. Hessen war durch den Landesvorsitzenden der CDU Brentano und Rheinland-Pfalz durch den als extremen Föderalisten bekannten Justiz- und Kultusminister Dr. Gisterhenn vertreten. Als Württemberger war Dr. Rudolf Vogel, Mitglied des CDU-Verstandes und Pressereferent des Stuttgarter Friedensbüros erschienen, aus Frankfurt Dr. Olden-Coburg. Oberösterreichische Vertreter haben nicht teilgenommen. Auffallend ist, dass auch nach München nur solche Personen eingeladen wurden, die als Befürworter eines deutschen Staatenbundes gelten.

In politisch gut unterrichteten Kreisen wird angenommen, dass der Plan zur Bildung einer süddeutschen Staatenföderation, vor allem eines einheitlichen katholischen Staates unter möglichstem Anschluß der amerikanischen und französischen Zone Österreichs und ihre enge wirtschaftliche und politische Annäherung an Frankreich konkreter als in Schönberg besprochen und formuliert wurde. Die Befürworter eines solchen Planes gemäßen jedoch jede Diskussion darüber. Bindende Verlautbarungen wurden bisher noch nicht herausgegeben.

x

Die bayerischen Staatsminister Dr. Alois Hundhammer und Dr. Anton Pfeiffer haben vor wenigen Tagen eine Einladung der MRP zu Besprechungen mit dem französischen Verteidigungsminister Teilidon erhalten. Dr. Hundhammer hat die Einladung abgelehnt, Dr. Pfeiffer ist am vergangenen Freitag, zu einem Besuch in die Pfalz gefahren.

Tricks um die Einheit

Die Kommunisten haben mit allen Mitteln versucht, den Gedanken ihres Volkskongresses populär zu machen. Es ist ihnen übrigens nicht gelungen. Die Notwendigkeit zu dem Versuch war umso grösser, je gründlicher das Echo äusserhalb der eigenen Reihen ausblieb.

In westdeutschen Bergbaubetrieben ist man dabei auf einen aparten Gedanken gekommen. Man hat sogenannte Grossversammlungen veranstaltet und hat, um ihnen wenigstens die Chance eines einigermaßen zufriedenstellenden Besuches zu geben, als Thema ausgegeben "Care-Paket = Punktpaket?". Das Wunderwort "Care", sa spekulierte man schon, zieht immer, auch als blosser Diskussionsgegenstand. Der amerikanische Ursprung dieser freundlichen, hier als kommunistisches Lockmittel benutzten Einrichtung störte dabei keinen der grossen Geister der KP/SEP. Einige kamen auch auf dieses Zauberwort hin, wo das andere vom "Volkskongress" versagt hätte. Aber auch sie wurden bitter enttäuscht, als in den Versammlungen die Werbetraktat für das Pieck- und Grotewohl-Reklamematerial gelesen geführt wurde.

Das sind so die Tricks, mit denen die Erfinder der nationalen Repräsentation, so wie sie sie sich vorstellen, einem verblüfften Publikum aufzarteten. Ob sie sich dabei wirklich für es etwas wie "Helden der Einheit" (um in ihrem Jargon zu sprechen) kulten, oder ob sie die Dürftigkeit ihrer politischen Erscheinung nicht doch selbst erkennen? Wir wissen es nicht, und es ist uns auch gleichgültig.

Rückführung der Australien-Internierten

Vor Monaten gelangte ein Notruf der Australien-Internierten um Hilfe an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Kurt Schumacher.

Unter Mitarbeit des Auslandsbüro der SPD in London und der Kriegsgefangenenhilfe der SPD konnte die endgültige Heimkehr ermöglicht werden.

Die Internierten wurden am 24.11.1947 an Bord des Schiffes "Kamiskla" von Port Melbourne nach Perth gebracht, um dort umgeladen zu werden. In den ersten Dezembertagen werden sie mit dem "General Heinkelmann" die australische Küste verlassen.

Ihr Eintreffen in Deutschland (Bromerhaven) ist für Anfang Januar 1948 zu erwarten. (m/B1/1612/1/ko)

Warschau wird wieder aufgebaut

I. B. Warschau, Anfang Dezember

Die schweren Kriegszerstörungen in den deutschen Städten und die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus im eigenen Lande lassen grosse Teile des deutschen Volkes begreiflicherweise vergessen, dass es ähnliche Probleme nicht geringeren Umfangs auch in anderen vom zweiten Weltkrieg verheerten Ländern Europas gibt. Erfordernisse und Methoden des Wiederaufbaus in den Nachbarländern sind für Deutschland unter manchen Gesichtspunkten bedeutsam. Sie liefern lehrreiche Erfahrungen, die positiv oder negativ für den eigenen Wiederaufbau nutzbar gemacht

gemacht werden können. Besonderes Interesse kommt in dieser Hinsicht einigen polnischen Großstädten, in erster Reihe Warschau zu, welches unparteiliche Fachleute aus Ländern, die in der Kriegszeit neutral waren, als die am schlimmsten zerstörte Großstadt Europas bezeichnet haben. Durch Kriegsereignisse und die Kämpfe zwischen Okkupationsverwaltung und Bevölkerung sind nicht weniger als 82% aller Wohnräume vernichtet worden und Schäden entstanden, die das antliche Polen auf mehr als zwei Milliarden Vorkriegsdollar berechnet.

Es ist kein Zufall, dass Wiederaufbau Spezialisten aus vielen Ländern gerade in Polen die neuen Städtebau- und Siedlungsprobleme studieren. Muss man hier doch nach diesen furchtbaren Zerstörungen teilweise ganz von vorne anfangen. Das mit mehreren hundert Kräften arbeitende Warschauer Stadtplanungsbüro hat ein Zukunftsbild der polnischen Hauptstadt entworfen, das mit dem historischen Warschau nur noch einzelne Züge gemeinsam hat. So soll z.B. ein ausgedehntes Viertel auf den Ufern am linken Weichselufer ganz für öffentliche Gebäude von Staat, Stadt, Berufsverbänden usw. vorbehalten werden. Ein anderes, mehrere Quadratkilometer grosses Viertel im Süden ist für Hochschulgebäude, wissenschaftliche Forschungsanstalten, Studentenheime und dergl. reserviert. Das jetzige Geschäftsviertel wird ein Stück weiter nach dem Westen verschoben. Als Wohngegenden für den Hauptteil der Bevölkerung werden gewisse Ausenquartiere mit reichlichen Grünflächen bestimmt.

Die Verwirklichung dieser in ihrer Art überaus klünnen Planung erfordert natürlich viel Zeit und - sehr viel Geld. Vor dem Krieg hatte Warschau rund 1,3 Millionen Einwohner, die Anfang 1945 auf kaum ein Zehntel dieser Ziffer zurückgegangen waren. Heute sind es, obwohl hier wieder alle Verwaltungsfunktionen einer Hauptstadt konzentriert sind, erst wieder 550.000 Einwohner. Nach dem Neubauplan werden 1965 erst wieder 900.000 Einwohner in Warschau leben. Nicht Zuzugsverbote, sondern Schaffung von besseren Wohn- und Arbeitsgelegenheiten in anderen Zentren des Landes sollen eine darüber hinausgehende Übervölkerung verhindern. Überall in Warschau wird heute gebaut. Aus öffentlichen Mitteln sind bisher u.a. 65% der Wasserleitungen, 41% der elektrischen Leitungen wieder hergestellt, von den Gasanschlüssen dagegen erst 18 und von den Telefonanschlüssen nur 7 Prozent. Aus öffentlichen und privaten Mitteln sind seit Kriegsende etwa 20 Mrd. Zloty im Wiederaufbau der Stadt angelegt worden, bis 1965 werden noch weitere 230 Mrd. Zloty benötigt.

In dem Dreijahresplan der polnischen Regierung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres Landes, der bis 1949 durchgeführt sein soll, ist der Wohnungsbau erst in ganz bescheidenem Ausmass berücksichtigt worden, weil man zunächst die vorhandenen begrenzten Mittel auf die Herstellung von Verkehr und Produktion konzentrieren wollte. Die Folge ist, dass es für den Wiederaufbau der Städte in Polen zwar ausreichend Arbeitskräfte und auch Baustoffe gibt - Zement wird sogar wieder in grossem Umfange exportiert -, dass aber moderne Baumaschinen noch überall fehlen. Dadurch wird das Tempo der Wiederaufbauarbeit verlangsamt. Im nächsten staatlichen Wirtschaftsplan, der schon jetzt unter Leitung des sozialdemokratischen Planungskommissars Dr. Bobrowski in Arbeit ist, hofft man, den Städte- und Wohnungsbau etwas breiter berücksichtigen zu können. Man rechnet aber nüchtern damit, dass Warschau und die anderen zerstörten polnischen Großstädte die Folgen der Kriegszeit erst in 15 bis 20 Jahren einigermaßen überwunden haben werden. (b/A9/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunau